

FWK Walter Wortmann
Rathaus Spanischer Bau,
Raum A 205
50667 Köln

Tel. 0221 / 221-23840

Fax 0221 / 221-28770

E-Mail Walter.Wortmann@stadt-koeln.de

An die Oberbürgermeisterin
Frau Henriette Reker

Eingang beim Büro der Oberbürgermeisterin: 01.02.2019

AN/0163/2019

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	14.02.2019
Finanzausschuss	01.04.2019

Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in NRW und Aussetzung bestehender Gebührenbescheide

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Freien Wähler Köln bitten Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Ratssitzung am 14.02.2019 zu setzen:

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung und die Oberbürgermeisterin, sich bei der Landesregierung von NRW für eine Abschaffung der Straßenausbaubeiträge (§ 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW), nach dem Vorbild der anderer Bundesländer einzusetzen.
2. Köln verzichtet bis zur endgültigen Abschaffung der Straßenausbaubeiträge durch den Landtag auf eine Einziehung aktueller Gebührenbescheide sowie auf die weitere Bearbeitung geplanter Bescheide. Die entsprechende "Satzung der Stadt Köln über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW" ist deshalb auszusetzen.
3. Die im laufenden Haushalt dafür eingestellten Gebühreneinnahmen werden neutralisiert und bei der Aufstellung der Planungen für die Jahre 2020 und später berücksichtigt.

Begründung:

Straßenausbaubeiträge, wie sie die Kommunalabgabengesetze vorschreiben, sind nicht nur eine teils existenzgefährdende, finanzielle Belastung für die Bürger, sondern im Sinne einer ausgewogenen Teilhabe der Bürger ungerecht. Die Folgen sind juristische Auseinandersetzungen sowie langwierige, kosten- und arbeitszeittreibende Aufwendungen in der Verwaltung.

Oft treffen bis zu 5-stellige Gebührenbescheide die betroffenen Eigentümer in einem existenzgefährdenden Maße. Überall in Deutschland regt sich inzwischen der Widerstand, wie z.B. das derzeit laufende Volksbegehren für die Abschaffung der Gebührenerhebungen zeigt.

Dr. Uwe Brandl, Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, rät den Kommunen, Straßenausbaubeiträge vorerst nicht mehr einzuziehen, da man möglicherweise später einen doppelten Verwaltungsaufwand habe, wenn man das Geld den Bürgern wieder zurückerstatten müsse.

Viele Maßnahmen wurden entweder wegen Rechtseinsprüchen oder aufgrund fehlenden Personals noch gar nicht bearbeitet oder abgerechnet. Beispiel: Die Anwohner des Weißer Unterkölnweges z.B. befürchten saftige Nachzahlungen, zumal einst prognostizierte Kosten um etwa 111% überschritten wurden. Die Anwohner hatten zu keinem Zeitpunkt die Möglichkeit, sich gegen die Kostenescalation oder den Umfang der Bauten zu wehren oder gar einen Baustopp zu erwirken. Jetzt warten sie besorgt auf eine saftige Rechnung. Im Bezirk Rodenkirchen z.B. steht aktuell ein beitragspflichtiges Volumen von insgesamt rund 1,4 Mio. EUR zur Abrechnung an.

Wir verweigern diese einseitige Form der Kostenabwälzung und fordern - schon lange - die Abschaffung dieses „Wegezolls“.

Mit freundlichen Grüßen
Walter Wortmann
Ratsmitglied Freie Wähler Köln